



Baden-Württemberg.de

📅 15.06.2023

WIRTSCHAFT

Konjunkturelle Lage im Land hat sich stabilisiert



📷 © picture alliance/dpa | Tobias Kleinschmidt

Symbolbild

Das Institut für angewandte Wirtschaftsforschung und die Universität Hohenheim erwarten für das zweite Quartal 2023 einen leichten Anstieg des Bruttoinlandsprodukts. Die konjunkturelle Risiken bleiben jedoch akut. Eine entschiedene Wachstumspolitik ist das Gebot der Stunde.

Das Tübinger Institut für angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) in Zusammenarbeit mit der Universität Hohenheim legte am 15. Juni 2023 seine aktuelle Konjunkturprognose für Baden-Württemberg vor. Die Forscher erwarten für das zweite Quartal 2023 einen leichten Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,4 Prozent gegenüber dem Vorquartal, für das Gesamtjahr ein Wachstum von 0,6 Prozent. Die IAW-Prognose basiert auf einem Modell, das in

Zusammenarbeit mit der Universität Hohenheim mit Förderung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus entwickelt wurde.

Mit der aktuellen Konjunkturprognose sehen die Forscher von IAW und der Universität Hohenheim die Rezessionsphase der letzten beiden Quartale des vergangenen Jahres, in denen die Wirtschaftsleistung zurückgegangen war, als überwunden an. Die prognostizierte relative Erholung in der ersten Jahreshälfte ist auch darauf zurückzuführen, dass keine Energiemangellagen eingetreten sind und sich Lieferketten entspannt haben. So kann der immer noch hohe industrielle Auftragsbestand abgearbeitet werden.

Entschiedenenes Handeln geboten

Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut sagte: „So erfreulich es ist, dass sich die konjunkturelle Lage in Baden-Württemberg nach dem Jahreswechsel stabilisiert hat, signalisieren doch Auftragseingang und manche Stimmungsindikatoren, dass die Gefahr eines erneuten Abgleitens in eine rezessive Entwicklung im zweiten Halbjahr 2023 nach wie vor besteht.“ Zur Einordnung gab die Ministerin zu bedenken, dass selbst die positive BIP-Jahresprognose die Wirtschaftsleistung hierzulande gerade auf das Niveau von 2019 heben würde. In der langfristigen Betrachtung würden damit erstmals in der Geschichte des Landes vier komplette Wachstumsjahre fehlen, mit unwillkürlichen Auswirkungen auf den Wohlstand breiter Bevölkerungsschichten und die Finanzierungsmöglichkeiten des Staates, einschließlich der sozialen Sicherung. Insofern sei entschiedenenes Handeln geboten, um die Wirtschaft zu entlasten, ihre Investitionsfähigkeit zu stärken und damit die Voraussetzungen für die Rückkehr auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zu schaffen.

#Wirtschaft

Gemeinsam erfinden wir uns täglich neu.
Neugierig? Dann hier entlang